

# Wahl-Programm der DKP / Linke Liste Mörfelden-Walldorf

**ENTWURF**

## Kommunalwahl 26. März 2006

### Einschätzungen und Forderungen

#### Unsere Stadt

Wir haben uns immer um „unsere Stadt“ und um ihre Geschichte gekümmert. Es gibt zahlreiche Bücher und Broschüren, die wir zum Thema veröffentlicht haben. In unserer Stadtzeitung „blickpunkt“ wird das Thema regelmäßige aufgegriffen (Beispiele sind auf unserer Webseite [www.dkp-mw.de](http://www.dkp-mw.de) einzusehen.)

Die Stadt gehört den Menschen, die hier wohnen und arbeiten. Wir wollen, dass die Verbundenheit mit ihr zunimmt.

Dazu gehört das Kennenlernen der Geschichte, die Förderung der Vereine, der Heimatmuseen.

Was wäre unsere Stadt ohne „linke Politik und Kultur“? Es gäbe kein Volkshaus, kein Naturfreundehaus und viele Vereine hätten sich nicht so erfolgreich entwickelt. In der Satzung von Mörfelden hieß es früher im § 8: „Die Stadtfarbe ist rot“. Diesen Arbeitertraditionen fühlen wir uns auch heute noch verpflichtet.

Wir überlegen natürlich auch - „Wie kann die Stadt in 10 Jahren aussehen?“ Wie sieht das Umland aus? Frisst uns der Flughafen langsam auf? Betonieren wir alles zu?

Es sind immer positive und negative Entwicklungen denkbar.

## **Verantwortung und kommunalpolitische Kompetenz**

In Mörfelden-Walldorf ist die DKP seit Jahrzehnten im Parlament und im Magistrat vertreten. Jeder, der unsere Arbeit beurteilen kann, weiß: Wir gehen verantwortungsvoll und kompetent an die Aufgaben in unserer Stadt heran.

Unsere Arbeit in der Stadtverordnetenversammlung wird begleitet durch unsere Stadtzeitung „blickpunkt“, die monatlich in einer Auflage von 14.000 Exemplaren erscheint. Diese Zeitung hilft, „dass man draußen sieht, was drinnen vorgeht“! Wären wir nicht im Parlament, dann gäbe es auch diese Zeitung nicht, denn alle unsere Mandatsträger garantieren mit der Spende ihrer Sitzungsgelder die Herausgabe. Keine andere Partei in unserer Stadt schafft eine solche Öffentlichkeitsarbeit. Deshalb: damit der „blickpunkt“ weiter erscheinen kann, muss eine starke Fraktion der DKP / Linke Liste ins Parlament.

---

## **Öffentliches Eigentum erhalten**

Die meisten Parteien sehen heute in der Privatisierung öffentlichen Eigentums ein Allheilmittel. Dabei muss jedem klar sein: Privatisierung macht meistens die Leistungen für die Bevölkerung schlechter oder teurer. Oder die Arbeitsbedingungen und die Entlohnung für die Beschäftigten werden schlechter. Die Versorgung der Menschen mit Wasser und Strom, die Müll- und Abwasserentsorgung, der öffentliche Personenverkehr, Post und Telekommunikation, kulturelle Leistungen, Gesundheitsdienste, Angebote zur sportlichen Selbstbetätigung und das Bildungswesen sind Leistungen, die im Interesse des Gemeinwohls sicherzustellen sind. Leistungen der Daseinsvorsorge und öffentliche Dienste von allgemeinem Interesse dürfen nicht der privaten Konkurrenz unterworfen werden. Vor allem Bildung, Kultur und Gesundheit dürfen nicht zu Waren degradiert werden. Diesem neoliberalen Zeitgeist mit der Forderung nach Privatisierung stellen wir uns entgegen.

Öffentliche Einrichtungen wie Büchereien, Badeanstalten, Sporthallen und -anlagen, Bürgerhaus, Stadthalle oder die Heimatmuseen bieten Menschen jeden Alters preisgünstige Möglichkeiten der aktiven Lebensgestaltung. Sie sind soziale Errungenschaften und dienen der Daseinsvorsorge. Wir wollen, dass das so bleibt.

Dienstleistungsbereiche wie der Bauhof sind zu erhalten. Ebenso die eigenständige Wasserver- und Entsorgung. Der öffentliche Dienst muss auch in Zukunft Arbeitsplätze zu menschenwürdigen Bedingungen bieten und verhindern, dass alle Lebensbereiche dem Markt ausgeliefert werden. Parlamentarische und öffentliche Kontrolle kann sichern, dass Demokratie nicht am Werkstor endet. Das ist ein wichtiges Signal für die Kolleginnen und Kollegen in allen Betrieben und stärkt die Gewerkschaften und betrieblichen Interessenvertretungen.

Bürgerinnen und Bürger sind nicht Kunden, sondern Miteigentümer der Stadt. In ihrem Interesse darf öffentliches Eigentum nicht verschleudert werden.

Wir wenden uns deshalb gegen jegliche offene oder verdeckte Privatisierung öffentlichen Eigentums.

Privatisierung ist Enteignung öffentlichen Eigentums. Dem setzen wir unseren Widerstand entgegen.

## Soziales erhalten und ausbauen

In Deutschland gibt es immer mehr Reiche und immer mehr Arme. Die Kommunen sind immer weniger in der Lage, ihre Aufgaben zu erfüllen.

Die Sozialpolitik der Kommune kann nicht das ausgleichen, was in Betrieben, in Wiesbaden und Berlin an Unsozialem beschlossen und praktiziert wird.

Armut ist in Deutschland wieder ein Thema - auch in unserer Stadt. Der Armuts- und Reichtumsbericht der Bundesregierung aus dem Jahr 2004 zeigt: Die Reichen werden reicher, die Armen zahlreicher. Das alles wird sich bei der Großen Koalition verstärkt fortsetzen. Die geplante Mehrwertsteuer wird Arbeitslose und Rentner besonders belasten. Auch die CDU-Landesregierung begleitet diese Prozesse mit einer aggressiven Streichpolitik, mit der sie die soziale und kulturelle Substanz in den Kommunen angreift. Das wirkt sich auch auf das örtliche Zusammenleben aus.

Wir erleben auf allen Ebenen Sozialabbau. Dabei sind die bundespolitische „Agenda 2010“, mit den Hartz-Gesetzen und der hessische „Koch'sche Kahlschlag“ zwei Seiten einer Medaille.

Sozialpolitik wird an Bedeutung zunehmen. Sozialer Wohnungsbau und -vermittlung, Vereins- und Organisationsunterstützung sind ein wichtiges Aktionsfeld für kommunale Politik.

Soziale Politik im kommunalen Geschehen stand und steht für uns im Mittelpunkt. Bei allen Parlamentsentscheidungen werden wir darauf achten, dass die Interessen der „kleinen Leute“ berücksichtigt werden.

Wir wenden uns gegen Lohndrückerei und gegen Stellen-Abbau mit Hilfe von 1-Euro-Jobs.

Wir kämpfen für die Beibehaltung erreichter sozialer Standards und fordern den sachgerechten weiteren Ausbau.

Wir lehnen Gebührenerhöhungen für Kitas, Schwimmbad/Badesee etc. ab.

Gebühren für Kindergärten und Horte sind schrittweise hin zum Nulltarif zu entwickeln.

Die Bürgerinnen und Bürger bezahlen gerade genug Steuern und werden auf allen Ebenen „abgezockt“.

Da viele Bürger/innen, die sich in einer sozialen Notlage befinden, aus Unwissen oft keine Unterstützung in Anspruch nehmen, fordern wir, dass die Kommunen nicht nur die Bedürftigen, sondern alle Bürger/innen umfassend über ihre Rechte auf Sozialleistungen (Sozialhilfe, ALG II, Wohngeld, Altersgrundsicherung usw.) informieren.

Um Menschen mit geringem Einkommen – vor allem Familien und Jugendlichen – eine Teilhabe am gesellschaftlichen Leben (Kultur, Bildung, Sport, Freizeit, ÖPNV) der Stadt zu ermöglichen, fordern wir die Einführung von Sozialpässen. Sozialpässe sollen die um mindestens 50 Prozent vergünstigte Inanspruchnahme von Leistungen im öffentlichen Personennahverkehr, in Schwimmbädern, bei Angeboten der Jugendförderung sowie auf Klassenfahrten ermöglichen. Mindestens zwei Kurse der Volkshochschulen sollen für Sozialpassinhaber/innen kostenfrei sein.

Einen Sozialpass sollen alle Menschen automatisch erhalten, die wegen ihres geringen Einkommens auf eine regelmäßige Unterstützung durch den Staat (ALG II, Sozialhilfe, Wohngeld, Leistungen nach dem Asylbewerberleistungsgesetz, Kinderzuschlag u.ä.) angewiesen und damit nachweislich bedürftig sind. Auch alle anderen Menschen, deren Einkommen die gültigen Sätze der Sozialhilfe und des ALG II (Regelleistung, Unterkunft und Heizung, Mehrbedarf für Alleinerziehende) nicht um mindestens 10 Prozent übersteigt und deren Vermögen unter den bei ALG II geltenden Freibeträgen liegt, sollen den Sozialpass bekommen.

## Finanzen

Unsere Stadt steht wie andere Kommunen und Landkreise vor riesigen Finanz-Problemen. Überall gibt es wegbrechende örtliche Steuereinnahmen und geringere Finanzzuweisungen. Die Folgen: Haushalte sind nicht ausgeglichen, örtliche Gebühren, Beiträge und Steuern werden erhöht, im Sozial-Bereich wird massiv gestrichen. Bemerkenswert: die Lebenshaltungskosten in unserer Stadt liegen (nach einer FR-Recherche) bei 25 untersuchten Städten im Rhein-Main-Gebiet, auf Platz vier.

Es gibt aber genug Geld. Hunderte Milliarden Euro deutsches Kapital „vagabundiert“ weltweit. Die großen Banken und Konzerne machen Superprofite. Steuerflucht und Korruption werden kaum eingedämmt. Wir befürchten: in der „Großen Koalition“ werden sich diese Zustände weiter verfestigen. Daran muß man auch denken, wenn man in einem Kommunalparlament arbeitet.

Wir sagen: diese Probleme können wir nicht vor Ort lösen. Aber Anstöße müssen auch von den Kommunalpolitikern kommen.

Wir wollen, dass auch aus den Kommunen die Proteste gegen die „Finanznot“ stärker werden.

Deshalb sagen wir: Die Finanzbeziehungen zwischen Bund, Ländern und Gemeinden müssen auf eine solide gemeindefreundliche Grundlage gestellt werden.

Notwendige Mittel müssen beschafft werden durch Beendigung der gigantischen Aufrüstungsprogramme und weltweiter Militäreinsätze („Verteidigung unserer Freiheit am Hindukusch“) und durch schrittweise Abrüstung.

Eine wirkliche Steuer-Reform muss Mittel bei den Konzern-Profiten und Spitzen-Verdienern beschaffen.

Selbstverständlich werden wir auch auf der kommunalen Ebene Sparvorschläge aufgreifen. So waren und sind wir gegen die Einführung eines weiteren hauptamtlichen Stadtrates. Die Stelle eines/r Marketingbeauftragten ist nicht nur unter Einspargründen zu problematisieren.

## Jugend und Arbeit

Bekomme ich einen Ausbildungsplatz? Das ist heute die Hauptsorge junger Menschen. Eigentlich sollte jeder wissen: Arbeit ist ein Menschenrecht! Junge Leute müssen ausgebildet werden.

Mit den Gewerkschaften forderten wir: Wer nicht ausbildet, muss zahlen! Der sogenannte Ausbildungspakt zwischen Regierung und Unternehmerverbänden hat das Ausbildungsproblem nicht gelöst. Das beschlossene Ausbildungsplatzgesetz muss auch von der „Großen Koalition“ akzeptiert und in Kraft gesetzt werden. Denn nach wie vor fehlen Ausbildungsplätze.

Für Ausbildungsplätze kann auch in der Kommune einiges getan werden. Wir wollen mehr Lehrstellen auch bei der Stadt!

Wir treten dafür ein, dass sich regionale Firmen und Unternehmen, die Städte und Gemeinden im Kreis Groß-Gerau, Gewerkschaften und Parteien an einen Tisch setzen, um mehr Ausbildungsplätze zu schaffen.

Wir fordern den Ausbau der Job- und Informationsbörse, wo sich örtliche Ausbildungsbetriebe vorstellen und Jugendliche über Ausbildungsplätze informieren können. Dazu gehört auch, daß die hiesigen Firmen und Unternehmen aufgefordert werden, ihre Ausbildungsplätze in den örtlichen Zeitungen ausschreiben, bis sie besetzt sind.

## **Gegen den weiteren Ausbau des Flughafens**

Wir leben am Frankfurter Flughafen und sind nicht gegen den Flughafen. Aber wir sind und bleiben Gegner des Flughafenausbaus seit den Zeiten der Auseinandersetzung gegen die Startbahn/West.

Wir akzeptieren nicht, dass Ausbaubetreiber immer „Recht“ bekommen und sich der Flughafen wie ein Krebsgeschwür ausdehnt. Wir akzeptieren nicht, dass jeder „Landesfürst“ einen eigenen, möglichst großen Flughafen haben will. Dieser regionale Egoismus ist zurückzuweisen.

Jeder verantwortungsbewusste Kommunalpolitiker muß sich wehren, wenn immer mehr Flugbewegungen, immer mehr Lärm, immer mehr Gesundheitsgefährdungen den Menschen zugemutet werden.

Unbestreitbar ist, dass der Flughafen für Frankfurt und die gesamte Rhein-Main-Region eine große wirtschaftliche Bedeutung hat. Aber oft haben sich auch die Arbeitsplatzprognosen am Flughafen als unhaltbar erwiesen. Sie waren gestützt auf von der Fraport bestellte und bezahlte Gefälligkeitsgutachten. Wir wissen zudem, dass auf Rhein-Main-Flughafen, vor allem durch „Fremdfirmen“ immer mehr unzumutbare Arbeitsplätze geschaffen wurden.

Wir wollen eine intensive Kooperation der Flughäfen im nationalen und internationalen Maßstab, anstatt sich in fruchtloser Konkurrenz baulich zu überbieten und preislich zu unterbieten. Wir fordern die Besteuerung von Kerosin. Des weiteren wollen wir attraktive und bezahlbare Bahnverbindungen in Deutschland und Europa, als Alternative zum Luftverkehr. Die Bahn darf nicht, wie es teilweise schon der Fall ist, zu einem Flughafenzubringershuttle verkommen. Die Flughäfen Frankfurt, Düsseldorf und Köln/Bonn haben mittlerweile eigene Fernbahnhöfe. Dadurch wird der Luftverkehr in der Regel nur attraktiver. Einer solchen Verkehrspolitik muss gegengesteuert werden.

Wir unterstützen im Parlament und außerparlamentarisch den Widerstand gegen den weiteren Ausbau.

Wir wollen neben den bestehenden Lärmmessstellen, entsprechende unabhängige kommunale Anlagen um den wachsenden Lärm besser kontrollieren zu können. Wir setzen uns dafür ein, dass „Lärmsünder“ streng bestraft werden.

Wir wollen eine regelmäßige Überprüfung der Luft auf Schadstoffe, ein absolutes Nachtflugverbot, neue Schallschutzmaßnahmen. Der Bodenlärm muss gestoppt werden. Die Schäden, die der Flughafen dem Umland und seinen Menschen zufügt, müssen gemäß dem Verursacherprinzip berechnet und ausgeglichen werden.

Der Kampf gegen die ständige Verminderung der Lebensqualität durch den Flughafen muss Thema des Stadtparlaments bleiben.

Diese Position ist für unser Handeln Richtschnur.

## **Gesundheit**

Die DKP hat sich in der Vergangenheit intensiv um die Niederlassung von Ärzten gekümmert (u.a. entstand so das Ärztehaus).

Lärm und Luftverschmutzung belasten heute zunehmend die Gesundheit der Menschen in der Flughafenregion - wir wollen eine Untersuchung, die Zusammenhänge erforscht.

Die Stadt Mörfelden-Walldorf soll sich für die Niederlassung von Fachärzten einsetzen (z. B. Neurologen, Psychologen/Kinderpsychologie).

Wir sind gegen Einsparungsmaßnahmen bei der Jugend- und Drogenberatung, die eigenständige Beratungsstelle in Mörfelden muss erhalten werden. Die „Mütterberatung“ des Kreisgesundheitsamtes soll für die Eltern von Kleinkindern auch in Zukunft regelmäßig vor Ort angeboten werden. Der Veränderung des Apotheken-Notdienstes lehnen wir ab.

## Umweltschutz

*„Selbst eine ganze Gesellschaft, eine Nation ja alle gleichzeitigen Gesellschaften zusammengenommen, sind nicht Eigentümer der Erde. Sie sind nur ihre Besitzer, ihre Nutznießer, und haben sie als boni patres familias (gute Familienväter) den nachfolgenden Generationen verbessert zu hinterlassen.“ Karl Marx*

Wichtig bleibt die Erkenntnis: Vermeidung von Umwelt-Schäden muss Vorrang haben vor nachträglicher Beseitigung. Das Thema Umweltschutz muss für die Kommunalpolitik der Zukunft einen noch höheren Stellenwert erhalten. Dazu gibt es vielfältige große und kleine Möglichkeiten.

Wir wollen neue Initiativen zur Sanierung unserer heimischen Fließgewässer. Wir fordern regelmäßige Kontrolle durch Entnahme von Wasserproben verbunden mit öffentlicher Berichterstattung. Die Bachauen sind zu renaturieren.

Wir fordern die Fortsetzung städtischer Kampagnen, die zum sparsamen Umgang mit Trinkwasser aufrufen und finanzielle Mittel für den Einbau wassersparender Einrichtungen. Die Unterstützung privater Regenwassernutzungsanlagen halten wir für sinnvoll. Wir sind für die verstärkte Förderung regenerativer Energiepotenziale in unserer Stadt. Wir halten eine eigene Wasserversorgung nach wie vor für außerordentlich wichtig. Wasserwerke und Kläranlagen müssen weiter auf dem bestmöglichen Stand gehalten werden.

Wir fordern eine strenge Kontrolle und Reduzierung der landwirtschaftlichen Intensivwirtschaft in unserer Gemarkung. Wir wollen dafür die Anlage von Streuobstwiesen und die Pflege des alten Obstbaumbestandes. Dazu ist die Brachlandpflege zu organisieren.

Wir sind für ökologische Waldbearbeitung und halten den Einsatz von Großmaschinen für falsch. Wir sind für Artenvielfalt, gegen zu hohe Wildbestände. Die Erholungsfunktion des Waldes muss vor der wirtschaftlichen Nutzung kommen.

Rad- und Fußwege müssen in gutem Zustand gehalten werden.

Wir sind für die Entsiegelung von öffentlichen Flächen.

## Stadtentwicklung

Der Wohnwert, die Lebensqualität muss erhalten werden. Das bedeutet, dass wir auch die Entwicklung des Umlandes beobachten müssen. Zu lange haben sich in unseren Gewerbe- und Industriegebieten vor allem Flächenverbraucher angesiedelt, während sich arbeitsplatzintensive Unternehmen kaum niedergelassen haben.

Wir wollen keine Ausweitung des Flughafens, keine Rodungen für Kiesgruben und ähnliche Vorhaben. Eine weitere Zersiedlung und Zubetonierung unserer Landschaft lehnen wir grundsätzlich ab. Kommunalpolitiker müssen auch visionäre Gedanken ansprechen: Wie soll die Stadt in der Zukunft aussehen?

Die Bürgerinnen und Bürger müssen sich mit ihrer Stadt identifizieren können.

Die innerstädtische Entwicklung muss absoluten Vorrang haben. Wir wollen lebendige Fußgängerzonen. In Mörfelden wollen wir samstags die Sperrung der Bahnhofstraße während des Wochenmarktes.

Dazu gehört die städtebauliche Aufwertung der Wolfsgartenstraße/ Friedrichstraße und des Platzes hinter dem Kulturhaus in der Bahnhofstraße.

Eine weitere Ausdehnung der Flächen für Industrie- und Baugebiete ist nicht zu verantworten.

Weitere Groß- und Supermärkte im Industriegebiet und an der Peripherie der Stadt sind entschieden abzulehnen, Einkaufsmärkte in der Innenstadt halten wir für sinnvoll. Einkaufsmöglichkeiten in Walldorf (östlich der Bahnlinie) müssen geschaffen werden.

Die Stadt muss offen bleiben für überschaubare und naturnahe Strukturen, für nachbarschaftliches Miteinander. Wir wollen möglichst viel kommunales Miteinander, wollen das Gegeneinander begrenzen. Eine „Verstädterung“ im negativen Sinn lehnen wir ab.

## **Kommunale Eigenständigkeit**

Wir weisen alle Versuche, die kommunale Eigenständigkeit anzutasten, entschieden zurück.

Wir werden alles tun, dass erneute Gebietsreform-Pläne verhindert werden.

Nicht neue bürokratische Verwaltungsorgane sind notwendig, sondern Bürgernähe und überschaubare Verwaltungsabläufe.

Eine Beteiligung des Umlandes an den Kulturausgaben Frankfurts ist zurückzuweisen.

## **Verkehr**

Die Verkehrslawine rollt ungebremst, trotz Ökosteuer und Lkw-Maut. Der öffentliche Personennahverkehr leidet nach wie vor unter einer Infrastrukturpolitik, die sich weitestgehend am Auto orientiert. Dadurch wird der Öffentliche Personennahverkehr (ÖPNV) noch immer nicht als attraktive Alternative zum Auto wahrgenommen.

Der Verkehr soll nicht nur betriebs- sondern auch volkswirtschaftlich bewertet werden. Die einseitig orientierte Kostenbetrachtung im ÖPNV führt dazu, dass auch künftig immer mehr Autos auf den Straßen unterwegs sein werden. Dies gefährdet bereits heute die Lebensqualität der Kommunen in erheblichem Maße.

Wir begreifen Mobilität als ein Menschenrecht. Auch Menschen, die über kein Auto verfügen – weil sie sich keines leisten oder sie nicht fahren können, weil sie zu jung, zu alt oder behindert sind –, sollen nicht auf Mobilität verzichten müssen. Wir fordern attraktive öffentliche Nahverkehrssysteme. Notwendig sind alternative Bedienungsformen wie Anrufsammeltaxen, Mini- und Rufbusse, Mitfahrzentralen und Car-sharing.

Wir wollen, dass umweltfreundliche Verkehrsarten (Bus, Rad- und Fußverkehr) gefördert werden. Wir fordern dies nicht nur aus ökologischen, sondern vor allem auch aus sozialen Gründen. Fahrradfahren gewinnt an Bedeutung. Das wird von Berlin und Wiesbaden nicht beachtet.

Wir fordern seit vielen Jahren im Stadtparlament eine fahrradfreundliche Stadt. Wenn Radfahren sicher und bequem ist, gibt es Chancen, den innerstädtischen Autoverkehr einzuschränken.

Wir sind für eine Tarifgestaltung, die insgesamt deutlich unter dem bisherigen Niveau liegen muss und darüber hinaus Subventionen für einkommensschwache Bürgerinnen und Bürger vorsieht. Nur so können z.B. auch Einzelfahrten zum Arbeitsplatz zurückgedrängt werden. Fahrpreiserhöhung im RMV lehnen wir entschieden ab. Fahrpreise müssen Anreiz sein, das Auto stehen zu lassen.

Die Kahlschlagpolitik der Deutschen Bahn AG, die immer mehr Kommunen vom Bahnnetz abkoppelt, muss bekämpft werden. Wer, wie die Große Koalition, Pendlerpauschale begrenzt und Zuschüsse für den Nahverkehr kürzen will, geht einen falschen Weg.

## Bahn

Wir brauchen mehr städtischen Druck auf die Bahn AG und das Land Hessen damit die Modernisierung unserer Bahnhöfe endlich erfolgen kann. Der Zustand der Bahnanlagen in Mörfelden und Walldorf ist nicht mehr länger zu akzeptieren.

Der öffentliche Personennahverkehr muss gefördert werden. Wir wollen uns dafür einsetzen, daß die Bahnhöfe wieder attraktiv und servicefreundlich werden. Dazu gehören auch behindertengerechte Zugänge, abschließbare Fahrradboxen und überdachte Fahrradabstellplätze.

Die Brücke über die Bahn in Höhe der Mörfelder Turmstraße ist eine von Anfang an gefährliche Fehlkonstruktion. Bei einer Sanierung muß auf einen Zugang mit geringerer Steigung geachtet werden.

Wir bleiben auch bei unserer Auffassung, dass ein besserer Zugang von Fußgängern und Radfahrern zum Walldorfer Badesees geschaffen werden muß.

Die Sicherung des Bahngeländes in Mörfelden und Walldorf ist unzureichend. Die Parkplatzsituation an den Bahnhöfen lässt zu wünschen übrig.

## Straßenverkehr

Der Straßenverkehr wird die Kommunalpolitik auch in unserer Stadt noch lange beschäftigen zumal die Verkehrsbelastung in vielen Straßen (z.B. Gärtnerweg) immer unerträglicher wird. In Mörfeldens Mitte ist es lauter als die Stadt bislang glaubte. Die Messergebnisse sind dort erschreckend. Am Donnerstag, 23. Juni 2005 fuhren zwischen null und 23 Uhr 10516 Fahrzeuge die Groß-Gerauer Straße entlang. Davon waren 690 Lastwagen und 1330 Fahrzeuge länger als zwölf Meter. Die höchste gemessene Geschwindigkeit 88 Stundenkilometer. Im Gärtnerweg wurden am Freitag, 1. Juli 2005, 8079 Autos gezählt. Durchschnittlich waren sie 43,9 Stundenkilometer schnell, die maximale Geschwindigkeit betrug 123 Stundenkilometer. Durch die Rüsselsheimer Straße fuhren am Samstag, 9. Juli, sogar 13047 Fahrzeuge.

Die betroffenen Bürgerinnen und Bürger haben einen Katalog von Forderungen vorgelegt, den wir für notwendig und umsetzbar erachten. *Nachfahrverbot für LKW im Durchgangsverkehr, Angepasste Geschwindigkeitsbegrenzung auf den relevanten Straßen.*

*Geeignete Verkehrsüberwachung, z.B. Blitzgeräte. Eigene Messungen der Behörden. Warntafeln mit Geschwindigkeitsanzeigen. Zweckmäßige Umleitung des Durchgangsverkehrs. Gesicherte Fußgängerüberwege, Fahrradwege, Feinstaubmessungen, Lärminderungsmaßnahmen.*

Die Versorgungsmärkte an der Groß-Gerauer-Straße in Mörfelden müssen eine Abbiegespur und eine Radweganbindung erhalten, die Märkte müssen angehalten werden die Finanzierung zu übernehmen. Wir wollen, dass alle Verkehrswege durch das Stadtgebiet vor allem

danach untersucht werden, ob sie Kinder-, Fahrrad- und Behinderten- und Altengerecht sind.

Wir wollen eine behindertengerechte Stadt, alle Straßenführungen und Übergänge müssen entsprechend untersucht werden.

Wir wollen im gesamten Stadtgebiet die schnelle und unbürokratische Einführung von Tempo 30. Alle in diesem Zusammenhang vorgesehenen Um- und Rückbaumaßnahmen im Straßenraum müssen mit Anwohnern, Zulieferern und Hilfsdiensten abgestimmt werden.

Der Durchgangsverkehr muss raus aus der Stadt. Die gegenläufige Nutzung von Einbahnstraßen für Radfahrer ist zu prüfen.

Die Buslinien müssen ausgebaut werden, eine ständige Werbung für diese Buslinien ist erforderlich. Der Einsatz von Kleinbussen und Sammeltaxis muß erprobt werden.

## **Radwege**

Fahrradfahren gewinnt immer mehr an Bedeutung. Wir fordern seit vielen Jahren im Stadtparlament Maßnahmen für eine radfahrerfreundliche Stadt. Je sicherer und bequemer, gerade kürzere Strecken u. a. zum Einkaufen, mit dem Fahrrad erledigt werden können, um so größer sind die Chancen, den innerstädtischen Autoverkehr einzuschränken. Manches ist durch unser Wirken schon geschehen, aber viele Maßnahmen sind noch notwendig.

Alle Radwege, die Mörfelden und Walldorf verbinden, müssen stets optimal ausgebaut sein.

Weitere Radwege und rot markierte Radstreifen entlang unserer Ortsstraßen u.a. im Stadtzentrum und zu den Einkaufsmärkten, aber auch zu den Sportstätten, zum Schwimmbad und dem Badensee sind noch erforderlich.

Innerstädtische Durchgangswege von ankommenden und weiterführenden überregionalen Radwegen müssen vervollständigt werden. Radwegeverbindungen nach Langen und Gräfenhausen/Darmstadt sind notwendig.

Einbahnstraßen in unserer Stadt sollten von Fahrradfahrern in Gegenrichtung befahrbar sein. Es fehlen noch Fahrradabstellplätze mit guten Fahrradständern an den Bahnhöfen, Geschäften und Einkaufsmärkten, Schulen sowie an all den Stellen die verstärkt mit dem Fahrrad angefahren werden.

An den Bahnhöfen sind, wie in anderen Städten schon vorhanden, abschließbare Fahrradboxen zu installieren. Das Absenken von Bordsteinen an Stellen, die von Radfahrern stark befahren werden, ist noch zu vervollständigen.

## **Frauen**

Die Gleichberechtigung von Männern und Frauen gehört zu den Grundvoraussetzungen einer demokratischen Gesellschaft.

Trotz verfassungsrechtlich garantierter Gleichberechtigung ist die ungleiche Verteilung sozialer Chancen zwischen Frauen und Männern nicht aufgehoben. Zurzeit wird Frauenförderung abgebaut. Wir fordern Rahmenbedingungen, die Frauen in allen Lebensphasen eine unabhängige Existenzsicherung durch Erwerbsarbeit bzw. soziale Leistungen ermöglichen. Grundsätzlich gilt: Gleiches Entgelt für gleichwertige Arbeit. Frauen gehören zu den Verlierern der sog. „Arbeitsmarktreflexen“. Sie werden unter Verweis auf verdienende Partner aus dem Bezug von ALG II und damit letztlich aus dem Arbeitsmarkt gedrängt. Sie können auch den Krankenversicherungsschutz verlieren, wenn sie mit dem Partner nicht verheiratet sind und die Bedingungen für eine Zulassung zu einer gesetzlichen Krankenversicherung nicht erfüllen.

Die arbeitsmarkt- und familienpolitische Zeitreise zurück in die 50er Jahre wurde in Hessen durch ein gigantisches soziales Streichkonzert flankiert: Das Milliarden-Sparprogramm von Ministerpräsident Koch, das ausgerechnet unter dem Namen „Operation sichere Zukunft“ 2004 in Kraft trat, schlägt auf die soziale Infrastruktur in den Kommunen durch.

Dem muss auch in der Kommune entgegen gesteuert werden. Wir sind nicht der Meinung, dass die Hausfrauen an Heim und Herd die Scherben einer verfehlten Sozialpolitik aufkehren sollen. Wir sind nicht der Meinung, dass ihre beruflichen Ambitionen Schuld sind an der hohen Arbeitslosigkeit.

Wir streiten für familiengerechte Gestaltung der Städte und Gemeinden. Dazu gehören der Erhalt bestehender Frauenprojekte, die Schaffung flächendeckender Angebote der Ganztagskinderbetreuung, Grundschulen mit festen Öffnungszeiten sowie Ganztagschulen. Eine Stärkung der Frauen- und Gleichstellungsbeauftragten sowie eine entsprechende Sicherstellung der materiellen Grundlagen ihrer Arbeit ist für uns ein wichtiges Anliegen.

Seit Jahren heißt es, dass der Frauentreff im „Goldenen Apfel“ nicht gut aufgehoben ist. Als Alternative sind Räume im Mörfelder Bahnhof im Gespräch. Ob das die Lösung sein kann, ist zu prüfen. Wir sind dafür, dieser aktiven Gruppe weiterhin geeignete städtische Räume für Beratungen, Treffen und Veranstaltungen in Eigenregie zur Verfügung zu stellen.

## **Bessere Chancen für alle Kinder**

Wir wollen ein Kindergartengesetz, das die finanzielle Unterstützung durch Land und Bund gewährleistet.

Notwendig sind: Gebührenfreie Kindergartenplätze für alle Kinder; der uneingeschränkte Rechtsanspruch auf Betreuung und Bildung von Anfang an; mehr Ganztagsbetreuungsangebote für Kinder jeden Alters; bessere Startbedingungen für alle Kinder durch mehr Bildungsangebote schon im Kindergarten; Einsatz ausgebildeter Fachkräfte und intensivere Sprachförderung in KITA und Schule; soziale Integration der Kinder aus Einwandererfamilien.

Die Anrechnung des Kindergelds beim Anspruch auf ALG II und Sozialgeld muss abgeschafft werden. Kinderarmut ist eine Schande für dieses reiche Land.

Wir lehnen Abstriche bei der Personalbemessung und Gebührenerhöhungen in den städtischen KITAs ab.

Flexible Betreuungsangebote sollen erprobt und eingeführt werden.

Wir wollen den Nulltarif für Kindergärten - die Gebühren sollen zunächst festgeschrieben und in Jahresschritten gesenkt werden.

Essen in den KITAs soll auch zukünftig in eigenen Küchen frisch zubereitet werden.

Spielplätze müssen Kindern und Eltern Spaß machen - sie sind zu erhalten und müssen auch weiterhin regelmäßig überprüft werden. Auf die Einhaltung hoher Sicherheits- und Hygienestandards ist zu achten. Aus gesamtgesellschaftlicher Verantwortung werden wir weiterhin Plänen zur Personalreduzierung bei städtischen Einrichtungen und Gebührenerhöhungen entgegentreten.

Wir sind für die Reduzierung der Gruppenstärke in Kindertagesstätten, halten die Verpflegung in KITAs durch eine eigene Küche für wichtig. Spielplätze müssen besser gewartet, neue Spielplätze gebaut werden. Sie müssen gut eingerichtet und einen hohen hygienischen Stand haben.

## **Schulen**

Alle Welt redet darüber, wie wichtig Bildung für die Herstellung von Chancengleichheit ist und welchen Stellenwert Bildung für die zukünftige Entwicklung unserer Gesellschaft einnimmt. Wer das ernst meint, muss die richtigen Weichenstellungen vornehmen: längeres gemeinsames und integriertes Lernen von deutschen und nicht deutschen, behinderten und nicht behinderten Kindern, mehr Angebote der Ganztagsbetreuung, Stärkung der vorschulischen Bildung und der Weiterbildung, individuelle Förderung innerhalb des gemeinsamen Klassenverbands statt einer Auslese.

Die Kommunen haben geringen Einfluss auf Bildungskonzepte. Aber sie müssen die Infrastruktur für deren Umsetzung vorhalten. Dafür brauchen sie Geld. Wer hier den Rotstift ansetzt, sollte von PISA lieber schweigen.

Der Sanierungs- und Modernisierungsbedarf von Schulen ist auch im Kreis Groß-Gerau mit Projekten des sogenannten Public-Private-Partnership (PPP) beantwortet worden. Das halten wir für den falschen Weg.

Die Schülerbeförderung zur Bertha-von-Suttner-Schule muss weiter bedarfsgerecht und kostenfrei angeboten werden.

Die Grundschulen sollten wieder in die Trägerschaft der Stadt übergehen. Vor allem Turnhallen gehören zu jeder Schule. An der Bürgermeister-Klingler-Schule sollte eine Zweifeldhalle entstehen. Für Schulturnhallen müssen ausreichend Hausmeister zur Verfügung stehen.

Die „betreuenden Grundschulen“ müssen ausgebaut und überall eingeführt werden. Integrationsklassen an allen Schulen sind zu fördern.

Die „Bertha-von-Suttner“-Schule mit ihrer gymnasialen Oberstufe hat eine große Bedeutung für unsere Stadt. Ihr gehört jegliche Unterstützung. Land und Kreis müssen hier ständig in die Pflicht genommen werden.

Es fehlen immer noch moderne Fahrradabstellplätze.

## Vereine

Es bleibt dabei: Wer in den Sport investiert, investiert Geld für die Gesundheit und die Zukunft unserer Kinder und Jugendlichen. Auch für Erwachsene gewinnt der Sport aus gesundheitlichen Gründen immer mehr an Bedeutung.  
Wir wenden uns entschieden gegen alle Versuche, hier sparen zu wollen.

Die Vereinsbezuschungsrichtlinien dürfen nicht angetastet werden. Die jährlichen schon „traditionellen“ Kürzungen lehnen wir ab. Wir wollen, dass der Mangel an Sportstätten beseitigt wird. Wir fordern ausreichende Mittel für den Erhalt und den Ausbau bestehender Einrichtungen. Hierzu gehört die Anlage neuer Sportstätten - als erste Maßnahme den Bau eines Hartplatzes - an der Gesamtschule und Spielmöglichkeiten für Basketball und Volleyball. Der Sportstättenentwicklungsplan soll sich nicht an der „kommunalen Finanznot“, sondern an den Bedürfnissen der Sporttreibenden orientieren.  
Eine neue Sporthalle sollte geplant werden, da zur Zeit keine freien Hallenplätze mehr zur Verfügung stehen und in manchen Vereinen bereits Aufnahmestopp besteht.

## Kultur

Ein kulturelles Leben, das viele Menschen ausschließt, verzichtet auf viele Einflüsse und wird letztlich verarmen. Wir sind dafür, den allgemeinen Zugang zu allen kulturellen Einrichtungen zu gewährleisten, aktive Freizeitgestaltung auch ohne dicke Brieftasche zu ermöglichen und die kulturelle Vielfalt in unserem Land zu bewahren und auszubauen. Das heißt auch, nichtkommerzielle Kultur zu fördern. Hier gibt es bereits Initiativen, an die angeknüpft werden kann. Nichtkommerzielle Kulturträger brauchen Planungssicherheit. Zuwendungs- und Rahmenverträge müssen deshalb mit mehrjähriger Gültigkeit abgeschlossen werden.

Wir wollen weitere Initiativen für ein städtisches Kulturprogramm und ausreichende Mittel zur Unterstützung kultureller Arbeit. Kürzungen lehnen wir ab. Es ist darauf zu achten, dass in beiden Stadtteilen gleichwertige Angebote entwickelt werden.  
Im Gewölbekeller im „Goldenen Apfel“ sollte, vor allem in den Wintermonaten, ein ständiges Programm angeboten werden.  
Örtliche Vereine, Initiativen und Künstler sollten in das städtische Kulturangebot mehr einbezogen werden.  
Die Integration ausländischer Bürgerinnen und Bürger muss stärker werden.  
Der „Kultursommer“, die „Kommunale Galerie“, der „Skulpturenpark“ und andere kulturelle Angebote haben unsere Unterstützung.  
Der „KulturBahnhof“ in Mörfelden hat sich in kurzer Zeit zu einem wichtigen Treffpunkt entwickelt. Das dortige Kulturangebot ist bemerkenswert vielfältig. Dem „KuBa“ gehört unsere volle Unterstützung - diese Haltung erwarten wir auch von der Stadt.  
Wir halten eine Zwangsbeteiligung des Umlandes an den Kulturausgaben Frankfurts für falsch, weil dann schnell die Kürzung der örtlichen Kulturausgaben einhergehen würde.

## **Ältere Mitbürger**

Die Würde des Menschen ist unantastbar - auch im Alter. Wir stellen fest: Auch bei den älteren Generationen wird die Spaltung in Arm und Reich größer. Deshalb haben Fragen nach der Verteilungsgerechtigkeit und der Beseitigung sozialer Schief lagen sowie die Suche nach neuen Lösungen für uns einen hohen Stellenwert.

Wir wollen, dass die Lebensleistung der älteren Generationen respektiert wird, jegliche Diskriminierungen aus Altersgründen unterbleiben, die Fähigkeiten, Kompetenzen und das Gestaltungspotenzial der älteren Bürgerinnen und Bürger gefördert und genutzt werden.

Wir wollen, dass ältere Menschen mit Behinderungen gezielt durch Kompetenz erhaltende und Kompetenz steigernde Maßnahmen gefördert werden. Die Menschen dürfen im Alter nicht zum Sozialfall werden.

Wir wollen ein Altenhilfezentrum mit bezahlbaren Pflegesätzen. Die vollstationäre Pflege im Altenhilfezentrum Mörfelden kostet z.Zt. bis zu 3630,- Euro. Selbst wenn die Pflegekasse dann knapp 1500,- Euro übernimmt, geht bei der verlangten Zuzahlung alles drauf was sich Menschen in ihrem ganzen Arbeitsleben erarbeitet haben. Wir haben darauf zu achten, daß ältere Bürgerinnen und Bürger nicht in Vergessenheit geraten. Dazu gehört vor allem, dass keine Mittelkürzungen für Betreuungsangebote stattfinden.

Das Miteinander von Jung und Alt ist zu fördern.

Wir wollen die Prüfung, ob öffentliche Verkehrswege (Ampeltakte, Rad- und Fußwege, Geländer, Randsteine, Stufen etc.) den Bedürfnissen älterer Menschen entsprechen. Eine humane Stadt ist auch eine rollstuhlgerechte Stadt.

Wir halten eine Aktion „Jugend hilft“ für sinnvoll. Hier könnten Wege gefunden werden, um Einkäufe u.ä. zu organisieren.

## **Jugend**

Die Jugendarbeit soll in unserer Stadt einen höheren Stellenwert einnehmen und braucht mehr Unterstützung. Jugendliche und junge Erwachsene, die nicht in Vereinen organisiert sind und dies auch nicht immer wollen, haben in Mörfelden-Walldorf kaum Möglichkeiten ihre Freizeit sinnvoll zu gestalten. In unserer Stadt gibt es eine „Landflucht der Jugend“. Sie bevorzugen Städte wie Frankfurt, Groß-Gerau, Mainz oder Darmstadt, weil vor Ort „junge Kultur“ unterentwickelt ist.

Wir wollen bessere Bedingungen für die Jugendarbeit in Mörfelden-Walldorf (mehr Mittel für Jugendzentren, Honorarkräfte, neue Formen offener Jugendarbeit, Arbeitsmaterial). Die Jugendzentren haben eine große Verantwortung bei der Verhinderung rechtsradikaler Entwicklungen. Begonnene Aktivitäten zur Unterstützung bei der Lehrstellensuche sollten ausgebaut werden.

Das JUZ in Mörfelden muss dringend erneuert werden. Wir wollen in der Stadt mehr Räumlichkeiten für Jugendliche, z.B. Proberäume für Bands. Jugendpolitik heißt aber auch unmittelbare Beteiligung der Jugend an der Kommunalpolitik. Wir wollen, dass das Kinder- und Jugendforum ein Antrags- und Rederecht im Stadtparlament bekommt.

## **Gläsernes Rathaus**

Die Kommunen sind die demokratische Basis der Gesellschaft. Wir halten eine Schwächung der demokratischen Selbstverwaltung durch rein betriebswirtschaftlich orientierte städtische „Firmen“ für falsch. Wir lehnen die Privatisierung städtischer Leistungsangebote ab, weil sie kein Ausweg aus der finanziellen Misere der Kommunen sind. Wir unterstützen alle Maßnahmen, die Rathauspolitik durchschaubarer machen; das betrifft auch die Arbeit des Magistrates. Bürgerversammlungen müssen weiter stattfinden. Über einen interessanteren Ablauf und eine bessere Werbung muss nachgedacht werden. Mit der monatlichen Herausgabe unserer Stadtzeitung „blickpunkt“ werden wir weiter dazu beitragen, dass man draußen sieht, was drinnen vorgeht.

## **Wohnen**

Wohnen ist ein Grundrecht. Eine Stadt muss sich daran messen lassen, ob genügend bezahlbarer Wohnraum für die Bürgerinnen und Bürger vorhanden ist. Seit Jahren aber wird aus „Finanzmangel“ nicht mehr in den sozialen Wohnungsbau investiert.

Wir sind gegen Mieterhöhungen bei allen Sozialwohnungen, insbesondere auch in gemeindeeigenen Wohnungen.

Wir wollen eine stärkere Mitbestimmung der Stadt bei Wohnungsbau-gesellschaften, die erhebliche Geldmittel von der Stadt erhalten. Darüber hinaus ist zu prüfen, ob die Stadt nicht selbst wieder im sozialen Wohnungsbau aktiv werden kann.

Wir wollen Hilfen vor allem für junge Familien, die Wohnungen suchen, Wohnungen erwerben wollen oder an Eigenheimbau denken.

## **Müll**

Müllkonzepte müssen die Müllvermeidung in den Vordergrund stellen. Leider gehen die Bundesgesetze nicht weit genug. Die Bürger bezahlen heute zweimal: Erstens über höhere Preise durch den grünen Punkt und zweitens über höhere Müllentsorgungsgebühren. Gewerbebetriebe dürfen sich nicht aus der kommunalen Abfallwirtschaft ausschließen. „Mülltourismus“ über größere Entfernungen muß verhindert werden.

Die Müllverbrennung, wird heute als beste Lösung gesehen, sie ist aber zu günstigeren Preisen zu organisieren.

Neue Konzeptionen der „Müllbeseitigung“ müssen vernünftig sein und nicht nur dazu angetan sein, die Bevölkerung abzukassieren.

Die Standards der Abfallkonzeption unserer Stadt sollen nicht herabgesetzt werden. Die Organisation in einem Abfallwirtschaftsverband Groß-Gerau muss die Transparenz von Strukturen und Gebühren sicher stellen. Die Mitsprache der Kommune muss gewährleistet sein. Wir unterstützen den Erhalt und den Ausbau des Recyclinghofes in unserer Stadt.

Vorgesehene Gebührenerhöhungen lehnen wir ab.

## Konzepte gegen Rechts

Im Jahr 2004 konnten rechtsextreme Parteien bei Landtags- und Kommunalwahlen erschreckend hohe Wahlerfolge einfahren. NPD und DVU sind in Landesparlamenten vertreten, die „Reps“ sitzen im Kreistag Groß-Gerau. Das Gedenkjahr 2005 offenbarte: Rechtes und rechtsextremes Gedankengut ist in der Mitte unserer Gesellschaft fest verankert.

Überlebende des Holocaust mahnen uns, nicht zuzulassen, dass rechtsextreme Hetze ungestraft in aller Öffentlichkeit geäußert werden kann. Kurt Goldstein, Ehrenpräsident des Internationalen Auschwitzkomitees sagte bei der Gedenkveranstaltung zum 60. Jahrestag der Befreiung des Konzentrationslagers Auschwitz am 25. Januar 2005: „Wenn ich heute in unserem Vaterland erlebe, dass Nazis auf den Straßen demonstrieren dürfen und das höchste deutsche Gericht diese Aufmärsche wegen der Meinungsfreiheit schützt, dann sage ich: Für uns ist das geradezu eine unmenschliche Tat, wir leiden darunter.“

In unserer Stadt gibt es gute Beispiele des Erinnerns an die Verbrechen des Faschismus. Daran hat die DKP außerparlamentarisch und parlamentarisch einen großen Anteil geleistet. Ohne diese Arbeit gäbe es in unserer Stadt keine Gedenkstätten, die heute eine große Rolle spielen. Auch die Initiative „Stolpersteine“, die an die ermordeten Juden aus unserer Stadt erinnern soll, kam auf Initiative der DKP/OL zustande.

Wir werden auf lokaler Ebene diesen Weg weiter beschreiten und gehen dabei Bündnisse mit gleichgesinnten Organisationen oder Personengruppen ein.

Allen Formen von Fremdenfeindlichkeit und Rassismus ist auch in der Kommune entgegenzutreten. Besonders muss neonazistische Ausländerhetze durch vielfältige Aktivitäten (strafrechtliche Verfolgung, politische Resolutionen, Veranstaltungen, Feste und Kulturarbeit) begegnet werden.

Wir fordern von der Stadt: Keine Vermietung von Räumlichkeiten für antidemokratische, reaktionäre Gruppen und Organisationen.

Wir wollen, dass neben den ermordeten und vertriebenen jüdischen Bürgerinnen und Bürgern, auch der politisch verfolgten Antifaschisten gedacht wird.

## Friedenspolitik von unten

Das Monopol auf Außenpolitik wird im Allgemeinen der Bundesregierung oder der Europäischen Ebene zugeschrieben. Was sie damit macht, haben wir oft und zurecht kritisiert: Die rotgrüne Bundesregierung beteiligte sich an den Kriegen gegen Jugoslawien 1999 und Afghanistan 2001. Die Bundeswehr wird zu einer Interventionsarmee umgerüstet. Die Bundeswehr steht mittlerweile in zahlreichen Ländern von Ex-Jugoslawien über Ostafrika bis Afghanistan. Es ist zu befürchten, dass diese Linie in der Großen Koalition verstärkt fortgeführt werden. Das kostet Milliarden; die auch den Kommunen fehlen.

„Ohne Frieden ist alles nichts!“ Die Stadt muß friedenspolitische Initiativen fördern und entwickeln. Wir wollen, dass dazu auch die Städtepartnerschaften mit Vitrolles, Torre Pelice und Wageningen genutzt werden.

Unsere Stadt wurde auf Initiative der DKP zur ersten „Atomwaffenfreie Zone“ Deutschlands erklärt. Dies ist für uns heute noch Verpflichtung für aktive kommunale Friedenspolitik.

Wir fördern die Mitarbeit in den weltweiten Bündnissen „Städte für den Frieden“ (Cities for Peace) sowie „Bürgermeister für den Frieden“ (Mayors for Peace), streben weitere Mitgliedschaften an und unterstützen weitere Aktionen im Kampf um den Frieden.

Wir setzen uns dafür ein, dass sich „Diplomatie von unten“ entwickeln

kann. Projekte, die internationale Begegnungen auf kommunaler Ebene fördern und die gerade in Krisengebieten das friedliche Zusammenleben der Menschen unterstützen, müssen hohe Priorität erhalten. Die Mittel für solidarische Hilfe in Entwicklungs- und Krisengebieten müssen weiter bereitgestellt werden.

Stand 27. November 2005.